



Die Familienleistungen im Großherzogtum Luxemburg



Caisse Nationale
des Prestations Familiales
du Grand-Duché de Luxembourg

Vorwort

Liebe Eltern,

Seit der Schaffung einer Gesetzesgrundlage im Jahre 1947 wurde der gesetzliche Rahmen der Familienleistungen einer ständigen Entwicklung unterzogen und schrittweise der Familien- und Gesellschaftsentwicklung angepasst.

Zwecks Schätzung des Umverteilungseffektes der Familienpolitik hat das Familienministerium den CEPS im Jahre 2001 mit einer Studie über die Sozialtransferleistungen beauftragt. Diese Studie zeigt, dass die verschiedenen Familienleistungen heute weitgehend zur Absicherung der sozialen Gerechtigkeit beitragen, indem sie der durch die Geburt eines jeden Kindes fortschreitenden Minderung der Kaufkraft entgegenwirken, und so das Lebenshaltungsniveau des Familienhaushalts mit einem oder mehreren Kindern zu erhalten helfen.

So hat die Kindergeldkasse im Jahre 2004 Leistungen in einer Gesamthöhe von annähernd 750 Millionen € an mehr als 100.000 Familien gezahlt, von denen 1/3 außerhalb Luxemburgs wohnen. Die Familienleistungen stellen somit ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Ungleichheiten in der Bevölkerung und der Kinderarmut dar.

Seit der letzten Ausgabe dieser Broschüre wurden die Familienleistungen weiterhin verbessert.

Unter den zuletzt durch das Gesetz vom 21. November 2002 eingeführten Verbesserungen gehört die verlängerte Vergütungsdauer bei Mehrlingsgeburten oder Mehrfachadoptionen im Rahmen des Elternurlaubs und der Erziehungszulage.

Die vorliegende Broschüre beinhaltet alle Neuerungen und hilft insbesondere den jungen Familien, sich in den verschiedenen, in steter Wandlung befindlichen Leistungsbereichen zurecht zu finden. Sie führt den Leser durch die luxemburger Gesetzgebung, informiert ihn über seine Rechte und unterrichtet ihn, welche Schritte er unternehmen muss, um seinen Anspruch geltend zu machen.

Ich bin überzeugt, dass die Broschüre den Familien somit eine wertvolle Hilfe bietet, um ihre Rechte zu verstehen und ausüben zu können.

Diejenigen, die noch umfassender informiert sein möchten, finden auf der Homepage der Kindergeldkasse (cnpf.lu) nahezu sämtliche Unterlagen über die Familienleistungen in Luxemburg, unter dem Gesichtspunkt nicht nur der nationalen Rechtsvorschriften, sondern auch des Gemeinschaftsrechts und der in Luxemburg gültigen internationalen Abkommen. Die Homepage wird außerdem ab 2005 zu einem interaktiven Kommunikationsinstrument ausgebaut.

Im Rahmen des mit großem Aufwand unternommenen Modernisierungsprozesses, dessen erste Phase soeben mit der Implementierung einer elektronischen Dokumentenverwaltung abgeschlossen wurde, stellt die Verbesserung des Dienstleistungssystems, das vermehrt auf e-Dienste setzt, die wichtigste Aufgabe dar, die die Kasse sich im Hinblick auf eine maximale Transparenz der Verwaltungsarbeit vorgenommen hat.



Die Familien- und Integrationsministerin,
Marie-Josée JACOBS

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines

- 1.1 Wer hat Anspruch auf Familienleistungen in Luxemburg?
- 1.2 Wer zahlt die Leistungen aus?
- 1.3 Welche Leistungen gibt es in Luxemburg?
- 1.4 Welche sind die gemeinsamen Merkmale der eigentlichen Zulagen?
- 1.5 Welche sind die Hauptmerkmale des Elternurlaubsgeldes?

2. Die verschiedenen Leistungen im Laufe des Familienlebens

- 2.1 Übersichtstafel der Situationen, die zu einer bestimmten Leistung berechtigen
- 2.2 Übersichtstafel der Situationen, die zu mehreren Leistungen berechtigen

3. Die eigentlichen Familienzulagen im Detail

- 3.1 Die Geburtenzulage
 - Vorgeburtliche Zulage (1. Teil)
 - Eigentliche Geburtenzulage (2. Teil)
 - Nachgeburtliche Zulage (3. Teil)
- 3.2 Kindergeld
- 3.3 Alterszuschuss
- 3.4 Sonderzulage für behinderte Kinder
- 3.5 Schulanfangszulage
- 3.6 Erziehungszulage

4. Mutterschaftszulage

5. Elternurlaub

- 5.1 Vergüteter Elternurlaub
 - 5.1.1 Wer hat Anspruch auf vergüteten Elternurlaub?
 - 5.1.2 Elternurlaub: ein individuelles Recht für jeden berufstätigen Elternteil
 - 5.1.3 Welche Bedingungen müssen erfüllt werden, um Elternurlaub zu erhalten?
 - 5.1.4 Die verschiedenen Arten des Elternurlaubs
 - 5.1.5 Dauer des Elternurlaubs
 - 5.1.6 Einschränkungen des Elternurlaubs
 - 5.1.7 Auswirkungen des Elternurlaubs auf den Arbeitsvertrag
 - 5.1.8 Das Elternurlaubsgeld
 - 5.1.9 Wie ist der Kumul von Elternurlaubsgeld und Erziehungszulage geregelt?

- 5.2 Unvergüteter Elternurlaub

6. Leistungsansprüche in besonderen Situationen

- 6.1 Situationen in Bezug auf ein oder mehrere Kinder
 - 6.1.1 Mehrlingsgeburten
 - 6.1.2 Adoption
 - 6.1.3 Wenn das Kind zur Schule geht
 - ab der Grundschule
 - nach dem 18. Lebensjahr
 - 6.1.4 Vorhandensein einer Behinderung
 - bei Feststellung der Behinderung
 - ab dem 18. Lebensjahr

- 6.2 Situationen in Bezug auf die gesamte Familie

- 6.2.1 Die Familie nimmt ihren Wohnsitz in Luxemburg auf
- 6.2.2 Die Familie hält sich studien- oder berufshalber im Ausland auf
- 6.2.3 Leistungsansprüche der in Luxemburg beschäftigten Grenzgänger oder Wanderarbeitnehmer

7. Praktische Auskünfte und Hinweise

- 7.1 An wen muss ich mich wenden, um eine Auskunft über die Familienleistungen oder eine diesbezügliche Bescheinigung zu erhalten?
- 7.2 Was muss ich tun, um meinen Anspruch geltend zu machen?
- 7.3 Welche Belege müssen beigelegt werden?
- 7.4 Innerhalb welcher Frist müssen die Leistungen beantragt werden?
- 7.5 Wie und wann werden die Leistungen ausbezahlt?
- 7.6 Welchen Verpflichtungen unterliege ich, nachdem mir eine Leistung zuerkannt wurde?
- 7.7 In welchen Fällen kommt eine Leistung nicht zur Auszahlung?
- 7.8 Was kann ich unternehmen, wenn mir eine Leistung verweigert wurde?

8. Übersichtstafel der Leistungen bei Indexstand 100

9. Übersichtstafel der Einkommensgrenzen

10. Anpassung der Beträge an den Lebensunterhaltskostenindex



Allgemeines

1.1 Wer hat Anspruch auf Familienleistungen in Luxemburg ?

Familien mit einem oder mehreren Kindern, die die Bezugsbedingungen erfüllen und die

- **im Großherzogtum Luxemburg wohnen**, können sämtliche Leistungen erhalten, die ihrer Familienlage entsprechen. Mit Ausnahme des Elternurlaubs ist der Anspruch an keine Bedingung bezüglich Berufstätigkeit oder Sozialversicherung geknüpft. Bedingungen bezüglich Staatsangehörigkeit gibt es keine.
- **im Ausland wohnen**, können die im Rahmen der internationalen Abkommen vorgesehenen Leistungen erhalten (siehe Nr. 6.2.3 und Übersichtstafel).

1.2 Wer zahlt die Leistungen aus?

Die Nationale Kasse für Familienzulagen (Caisse Nationale des Prestations Familiales, abgekürzt CNPF) ist zuständig für sämtliche in der vorliegenden Broschüre beschriebenen Leistungen. Sie zahlt Beihilfen an über 100 000 Familien. Das Jahresbudget der CNPF beläuft sich 2004 auf knapp 750 Mio. Euro.

Die CNPF ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt unter der Dienstaufsicht des Familienministeriums. Ihr Sitz ist in Luxemburg, 1A, bd Prince Henri. Die vollständige Adresse finden Sie auf der Rückseite der Broschüre.

1.3 Welche Leistungen gibt es in Luxemburg?

Das luxemburgische Familienbeihilfesystem zählt insgesamt fünf Familienzulagen, zu denen noch die Mutterschaftszulage, die gemäß Urteil vom 31.05.2001 des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (Rechtssache C-43/99) als reguläre Mutterschaftsgeldleistung anzusehen ist, sowie das Elternurlaubsgeld hinzukommen. Diese Zulagen werden zu folgenden Terminen ausbezahlt:

Familienzulagen

Einmalige Zulagen	Zahlungstermin
-------------------	----------------

Geburtenzulage:

1. Teil: (vorgeburtliche Zulage)	nach der letzten vorgeburtlichen Untersuchung
2. Teil: (eigentliche Geburtenzulage)	nach der nachgeburtlichen Untersuchung der Mutter
3. Teil: (nachgeburtliche Zulage)	nach dem 2. Geburtstag des Kindes

Monatliche Zulagen	Zahlungstermin
--------------------	----------------

Kindergeld und Alterszuschuss	am Ende des Monats, an dem der Anspruch besteht
--------------------------------------	---

Erziehungszulage	zusammen mit dem Kindergeld
-------------------------	-----------------------------

Sonderzulage für behinderte Kinder	zusammen mit dem Kindergeld
---	-----------------------------

Jährliche Zulage	Zahlungstermin
------------------	----------------

Schulanfangszulage	jedes Jahr Ende August
---------------------------	------------------------

Sonstige Leistungen

Einmalige Leistung	Zahlungstermin
--------------------	----------------

Mutterschaftszulage:

Im Falle einer Mutterschaft:	1. Teil in den 8 Wochen vor dem mutmaßlichen Entbindungsdatum 2. Teil in den 8 Wochen nach der Geburt
------------------------------	--

Im Falle einer Adoption:	2. Teil in den 8 Wochen nach der Eintragung des Adoptionsurteils ins Zivilstandsregister
--------------------------	--

Monatliche Leistung	Zahlungstermin
---------------------	----------------

Elternurlaubsgeld	während des Elternurlaubs jeweils am Monatsende
-------------------	---

Die Beträge der Leistungen sind in der Übersichtstafel am Ende der vorliegenden Broschüre aufgeführt. Dort finden Sie auch die Einkommensgrenzen, die für bestimmte Leistungen gelten.

Die entsprechenden Gesetzestexte sind im Sozialversicherungsbuch veröffentlicht, das regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht wird. Sie sind auch auf den Internet-Seiten der CNPF (www.cnpf.lu) und des Office des Assurances sociales (www.secu.lu) erhältlich.

1.4 Welches sind die gemeinsamen Merkmale der eigentlichen Zulagen ?

- Hauptbedingung ist jeweils, dass der Anspruchsberechtigte seinen gesetzlichen und tatsächlichen Hauptwohnsitz im Großherzogtum Luxemburg hat.
 - Familien, die aus dem Ausland nach Luxemburg kommen, müssen sich zu diesem Zweck bei der Gemeindebehörde anmelden. Falls die Familie nicht aus einem EU-Mitgliedsstaat stammt, muss sie außerdem eine vom Justizministerium ausgestellte endgültige Aufenthaltsgenehmigung vorzeigen.
 - Da die Einrichtung des gesetzlichen Wohnsitzes an die Kriterien Stabilität und Dauerhaftigkeit gebunden ist, haben junge Leute, die zu Studienzwecken nach Luxemburg kommen, keinen Anspruch auf luxemburgische Familienzulagen, da sie aufgrund der vorläufigen Aufenthaltsgenehmigung, die ihnen ausschließlich zu Studienzwecken erteilt wird, die besagten Kriterien nicht erfüllen (vgl. dazu unter 6.2.2)
 - Minderjährige Kinder haben ihren gesetzlichen Wohnsitz von Rechts wegen bei ihren Eltern oder ihrem Vormund.

- Die Familienzulagen sind weder steuerbar noch beitragspflichtig. Sie können nicht mit anderen, gleichartigen Leistungen kumuliert werden, insbesondere nicht mit vergleichbaren Leistungen, die von einem ausländischen oder internationalen Träger ausgezahlt werden.

- Sie sind unpfändbar und nicht abtretbar, außer um verschiedene, im Interesse der Kinder vorgestreckte Ausgaben zurückzuerstatten, dies unter genau festgelegten Bedingungen.

- Sämtliche von offiziellen Stellen für die Beantragung einer Familienzulage auszustellenden Bescheinigungen sind gebührenfrei.

Diese Merkmale treffen ebenfalls auf die Mutterschaftszulage zu.

1.5 Welches sind die Hauptmerkmale des Elternurlaubsgeldes?

- Das Elternurlaubsgeld ist weder steuerbar noch beitragspflichtig, mit Ausnahme der Beiträge zur Krankenversicherung (ausschließlich Anteil für Naturalleistungen) und Pflegeversicherung. Der Versichertenanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung wird vom Bruttobetrag der Zulage erhoben. Der Arbeitgeberanteil geht zu Lasten der CNPF.

- Das Elternurlaubsgeld ist im Rahmen der für Löhne und Renten vorgesehenen Grenzen abtretbar und pfändbar.

- Die Elternurlaubszeiten werden bei der Berechnung der Pension berücksichtigt.





Die verschiedenen Leistungen im Laufe des Familienlebens

Die Familienleistungen sind der Entwicklung des Familienlebens angepasst. Ihre wesentlichen Merkmale, darunter die jeweiligen Beträge, finden Sie zusammengefasst in der Übersichtstafel.

2.1 Situationen die zu einer bestimmten Leistung berechtigen		
Wenn...	besteht Anspruch auf	Bedingungen
1. die werdende Mutter nicht arbeitstätig ist	1. vollständige Mutterschaftszulage	siehe unter 4
2. die werdende Mutter eine Tätigkeit ausübt, durch die während des Mutterschaftsurlaubs Anspruch auf eine Vergütung besteht, die geringer als die Mutterschaftszulage ist	2. eine Teilzahlung der Mutterschaftszulage als Ausgleich	siehe unter 4
3. ein Elternteil nach dem Mutterschaftsurlaub seine Berufstätigkeit	Erziehungszulage	siehe unter 3.6
a) ganz unterbricht b) teilweise unterbricht, aber ein hohes Einkommen bezieht	a) die vollständige Erziehungszulage b) die Hälfte der Erziehungszulage	
4. beide Eltern nach dem Mutterschaftsurlaub bei niedrigem Einkommen ganztags weiterarbeiten	die Erziehungszulage ganz oder als Ausgleichszulage	

Wenn...	besteht während des Elternurlaubs Anspruch auf	Bedingungen
5. ein Elternteil seine Berufstätigkeit durch einen Elternurlaub	Elternurlaubsgeld	siehe unter 5.1.7
a) ganz unterbricht b) teilweise unterbricht	a) Vollzeiturlaub b) Teilzeiturlaub	
- im Anschluss an den Mutterschaftsurlaub, bzw. - bis das Kind 5 Jahre alt ist		
2.2. Situationen die zu mehreren Leistungen berechtigen		
Wenn...	besteht Anspruch auf	Bedingungen
1. das Kind zur Welt kommt	- vorgeburtliche Zulage - eigentliche Geburtenzulage - nachgeburtliche Zulage - Kindergeld	siehe unter 3.1.1 siehe unter 3.1.2 siehe unter 3.1.3 siehe unter 3.2
2. ein Kind adoptiert wird	- eigentliche Geburtenzulage - nachgeburtliche Zulage - Kindergeld	siehe unter 3.1.2 siehe unter 3.1.3 siehe unter 3.2
*wenn ein Adoptivelternteil nicht berufstätig ist oder unbezahlten Urlaub in Anspruch nimmt	*Mutterschaftszulage (2. Teil)	siehe unter 4
3. das Kind zur Schule geht a) ab 6 Jahren b) unter 6 Jahren bei Vorlage einer Bescheinigung betreff. Besuch der Grundschule	- Kindergeld a) Alterszuschuss a) und b) Schulanfangszulage	siehe unter 3.3 siehe unter 3.5
4. die Ausbildung oder das Studium nach dem 18. Lebensjahr weitergeführt wird	- Kindergeld - Alterszuschuss - Schulanfangszulage	siehe unter 3.3 siehe unter 3.5
5. ein Kind behindert ist (mind. 50 % Behinderung)	- Kindergeld - Sonderzulage für behinderte Kinder	siehe unter 3.4
6. das behinderte Kind nach seinem 18. Lebensjahr an einer Ausbildung teilnimmt	- Kindergeld - Sonderzulage für behinderte Kinder - Schulanfangszulage	siehe unter 3.4



Die Familienzulagen im Detail

3.1 Geburtenzulage

(Gesetz vom 20.06.1977 -
 Memorial A 1977 S.1284)
 (Gesetz vom 09.08.1980 -
 Memorial A 1980 S.1395)
 (Gesetz vom 31.07.1995 -
 Memorial A 1995 S.1713)

Das abgeänderte Gesetz vom 20.06.1977 verfolgt in erster Linie Ziele des öffentlichen Gesundheitswesens: Durch die fortdauernde medizinische Betreuung der Mutter und des Kleinkindes sollen Risiken und Komplikationen während der Schwangerschaft und die Säuglingssterblichkeit reduziert und ganz allgemein die Absicherung der schwangeren Frau und des Säuglings auf gesundheitlicher Ebene verbessert werden.

3.1.1 Worin besteht die Geburtenzulage?

Die Geburtenzulage ist eine, anlässlich der Geburt eines jeden lebensfähigen Kindes gewährte, einmalige Leistung. Ein Kind, das nach dem sechsten Schwangerschaftsmonat geboren wird, gilt als lebensfähig, auch wenn es tot geboren wird.

Die Geburtenzulage besteht aus 3 Teilen, die getrennt und zeitlich gestaffelt ausbezahlt werden (vgl. Tabelle unter 1.3) und jeweils spezifischen Bedingungen unterworfen sind. Die Rechte im Falle von Mehrlingsgeburten und Mehrfachadoptionen werden in den Kapiteln 6.1.1 und 6.1.2 erläutert.

3.1.2 Wer ist anspruchsberechtigt und unter welchen Bedingungen?

• Die vorgeburtliche Zulage

(1. Teil) wird an die Mutter gezahlt, wenn diese:

- am Tag der letzten vorgeburtlichen Untersuchung ihren Wohnsitz im Großherzogtum Luxemburg hat;
- sich während der Schwangerschaft fünf vorgeburtlichen und einer zahnmedizinischen Untersuchung unterzogen hat.

Die vorgeburtlichen Untersuchungen müssen vom Frauenarzt vorgenommen werden, die erste davon unbedingt vor Ablauf des dritten Schwangerschaftsmonats. Bei Nichtbeachtung dieser Frist verfällt der Anspruch auf die Zulage.

• Die eigentliche Geburtenzulage

(2. Teil) wird im Normalfall an die Mutter gezahlt, wenn diese:

- ihren Wohnsitz zum Zeitpunkt der Geburt in Luxemburg hat;
- in Luxemburg entbindet, ausgenommen sie befindet sich im Ausland während einer zeitweiligen und begründeten Abwesenheit. Persönliche Beweggründe sind keine ausreichende Begründung.
- sich einer nachgeburtlichen Untersuchung unterzogen hat. Diese muss von einem Frauenarzt in einem Zeitraum von 2 bis 10 Wochen nach der Geburt vorgenommen werden;

Falls die Eltern getrennt leben wird die eigentliche Geburtenzulage an die Person, die die Kosten der Entbindung trägt oder an denjenigen, der für den Unterhalt des Kindes aufkommt, gezahlt. Bei einem in Luxemburg anonym geborenen Kind erhält sie derjenige, der für den Unterhalt des Kindes aufkommt.

• Die nachgeburtliche Zulage

(3. Teil) wird im Normalfall ebenfalls an die Mutter gezahlt, insofern das Kind:

- seit seiner Geburt dauernd im Großherzogtum Luxemburg aufgewachsen ist;
- innerhalb genau festgesetzter, auf dem Antragsformular angegebener Fristen 6 ärztlichen Untersuchungen unterzogen wurde.

Falls eine andere Person zum Zeitpunkt des 2. Geburtstages des Kindes für dessen Unterhalt aufkommt, wird die nachgeburtliche Zulage an diese gezahlt.

Diese Leistung erfolgt vollständig, wenn das Kind tot geboren wird oder vor dem 2. Lebensjahr stirbt. Im Falle einer Trennung der Eltern erhält sie derjenige, der für den Unterhalt des Kindes aufkommt.

3.2 Kindergeld

(Gesetz vom 19.06.1985 - Memorial A 1985 S. 679)
(Gesetz vom 31.05.1989 - Memorial A 1989 S. 607)
(Gesetz vom 23.12.1992 - Memorial A 1992 S. 3074)
(Gesetz vom 23.12.1998 - Memorial A 1998 S. 3394)
(Gesetz vom 22.11.2002 - Memorial A 2002 S. 3098)
(Gesetz vom 12.09.2003 - Memorial A 2003 S. 2938)

Das Kindergeld ist eine Leistung, mit der die finanzielle Belastung der Familie, die durch Erziehung und Unterhalt der Kinder entsteht, ausgeglichen werden soll.

Das 1947 eingeführte Kindergeld war Gegenstand mehrerer Gesetzesänderungen; das inzwischen mehrfach abgeänderte Gesetz von 1985 brachte mit der Verankerung des persönlichen Anspruchs des Kindes die bedeutendste Reform. Das wichtigste Ziel des Kindergeldes bleibt jedoch der Familienlastenausgleich.

3.2.1 Worin besteht das Kindergeld und welche Kinder haben Anspruch auf Kindergeld?

Das Kindergeld ist eine monatliche Zulage für alle Kinder, die die Bezugsbedingungen erfüllen.

Der Kindergeldbetrag wird aufgrund der Gesamtzahl der Kinder innerhalb einer Familie festgesetzt, insofern diese nach den Luxemburger Rechtsvorschriften als Familienangehörige des Antragstellers gelten. Jedes dieser Kinder hat Anspruch auf den gleichen Betrag, der bei steigender Kinderzahl schrittweise erhöht wird.

Als Familienangehörige gelten laut abgeändertem Gesetz von 1985 die ehelichen und legitimierten Kinder eines Elternpaares, sowie die Adoptivkinder nach einer Volladoption.

Ihnen gleichgestellt sind, vorausgesetzt sie wachsen im Haushalt des Antragstellers auf:

- Adoptivkinder nach einer einfachen Adoption;
- außereheliche Kinder, insofern sie vom Antragsteller anerkannt wurden;
- die Kinder des Ehepartners oder des Partners laut Partnerschaftsvertrag;
- Enkelkinder, die in Obhut der Großeltern sind, sei es als Waisen oder weil die Eltern im Sinne des Gesetzes geschäftsunfähig sind.

Unter bestimmten Bedingungen (der Sorgeberechtigte muss den Unterhalt des Kindes gewährleisten und das Sorgerecht muss dauerhaft und mittels Übertragung der elterlichen Gewalt ausgeübt werden) kann die CNPF auf der Grundlage eines Urteils oder eines Verwaltungsaktes Pflegekinder oder Mündel ebenfalls als Familienangehörige des Antragstellers anerkennen.



3.2.2 Welche Bezugsbedingungen gelten für das Kindergeld?

- **Wenn das Kind in Luxemburg lebt:**
 - das Kind muss seinen gesetzlichen Wohnsitz in Luxemburg haben und
 - hier dauerhaft leben, wobei eine Abwesenheit von weniger als drei Monaten im Jahr unberücksichtigt bleibt.

Da minderjährige Kinder ihren gesetzlichen Wohnsitz bei ihren Eltern haben, bedeutet dies, dass Kinder, die z.B. im Haushalt einer Tante aufwachsen, während die Eltern im Ausland leben, die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen. In besonderen Fällen kann die CNPF jedoch ein Kind von einer der beiden Bedingungen entbinden.

- **Wenn das Kind im Ausland lebt:**

Ein Elternteil muss den Luxemburger Rechtsvorschriften sowie entweder der Verordnung EWG 1408/71 oder einem bi- oder multilateralen Abkommen zwischen Luxemburg und dem Wohnsitzland des Kindes unterliegen, je nachdem das Kind

 - auf dem Gebiet der Europäischen Union, des EWR oder der Schweiz, oder
 - auf dem Gebiet des unterzeichnenden Partnerstaates wohnhaft ist.

3.2.3 Ab welchem Datum wird das Kindergeld ausbezahlt?

- **Wenn das Kind in Luxemburg geboren wurde,** wird das Kindergeld ab dem Monat der Geburt ausbezahlt. Wenn das Kind tot geboren wurde, wird das Kindergeld für den Geburtsmonat gewährt.
- **Wenn das Kind im Ausland geboren wurde,** wird das Kindergeld ausbezahlt:
 - ab dem Monat der Geburt, falls ein Elternteil am 1. dieses Monats in Luxemburg arbeitet;
 - ab dem Monat nach seiner Anmeldung in Luxemburg, wenn das Kind nach seiner Geburt nach Luxemburg kommt.

3.2.4 Bis zu welchem Zeitpunkt wird das Kindergeld höchstens gewährt?

- Das Kindergeld wird ohne weitere Formalitäten bis zum Monat der Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt.
- In folgenden Fällen wird es bis zum 27. Lebensjahr verlängert:
 1. Bei Studium oder beruflicher Ausbildung (siehe unter 6.1.3);
 2. Bei Behinderung, falls die behinderte Person an einer Ausbildung teilnimmt (siehe unter 6.1.4). Der CNPF-Vorstand kann diese Grenze bei Behinderten in Einzelfällen bis auf das 30. Lebensjahr erhöhen.

3.2.5 Wann wird die Kindergeldzahlung eingestellt?

- Die Kindergeldzahlung wird eingestellt ab dem Monat:
- nach der Heirat des Kindes (außer, wenn es weiterstudiert);
 - nach dessen Ableben;
 - in dem das Monatseinkommen den gesetzlich festgesetzten Grenzbetrag nicht erreicht (siehe unter 6.1.3 und 6.1.4).

3.2.6 An wen wird das Kindergeld gezahlt?

- Solange das Kind minderjährig ist, wird das Kindergeld generell an den Sorgeberechtigten ausbezahlt:
- **wenn das Kind im gemeinsamen Haushalt der Eltern erzogen wird:** an den auf dem Antrag vermerkten Elternteil (nach Wahl der Eltern). Haben die Eltern keine Wahl getroffen, wird das Kindergeld an den Vater gezahlt.
- **wenn die Eltern getrennt leben oder geschieden sind:** an den Elternteil oder die Person, in dessen / deren Haushalt das Kind aufwächst.
- **wenn das Kind in einem Kinderheim oder bei einer Pflegefamilie erzogen wird:** Das Kindergeld wird im Prinzip an das Heim oder an die Pflegefamilie gezahlt, die das Kind aufgenommen haben, es sei denn, die Eltern behalten das Hauptsorgerecht für das Kind.

- **Sobald das Kind volljährig** oder für mündig erklärt ist, kann es, auf Antrag hin, das Kindergeld selbst beziehen. Minderjährige werden durch Heirat von Rechts wegen mündig gesprochen.



3.3 Alterszuschuss

(Gesetz vom 31.05.1989 - Memorial A 1989 S. 607)

Ziel des 1976 eingeführten und 1977 auf zwei Stufen erweiterten monatlichen Alterszuschusses, der das Kindergeld ergänzt, aber im Gegensatz zu diesem individuell pro Kind festgesetzt wird, ist es, den Kindergeldbetrag an die mit dem Alter der Kinder steigenden Ausgaben anzupassen.

Der Alterszuschuss wird automatisch ab dem Monat ausbezahlt, in dem das Kind sein 6. Lebensjahr vollendet. Er wird mit dem vollendeten 12. Lebensjahr erhöht.



3.4 Sonderzulage für behinderte Kinder

(Gesetz vom 19.06.1985 - Memorial A 1985, S. 679)
(Gesetz vom 12.09.2003 - Memorial A 2003, S. 2938)

Die Sonderzulage stellt eine finanzielle Beihilfe dar, die eigens für Zusatzausgaben gedacht ist, die Eltern für die Behinderung ihres Kindes aufwenden müssen.

3.4.1 Worin besteht die Sonderzulage?

Die Sonderzulage ist eine monatliche Leistung, die für behinderte Kinder zusätzlich zum eigentlichen Kindergeld gewährt wird. Der Betrag für jedes behinderte Kind entspricht dem Kindergeldbetrag für ein Einzelkind.

3.4.2 Wer ist anspruchsberechtigt und unter welchen Bedingungen?

- Die Sonderzulage für behinderte Kinder wird monatlich bis zum Alter von 18 Jahren an jedes kindergeldberechtigte Kind gezahlt, das eine körperliche oder geistige Behinderung von wenigstens 50 % gegenüber einem gesunden Kind gleichen Alters aufweist.
- Sie wird nach dem 18. Lebensjahr zugunsten der behinderten Person fortgesetzt, die im Rahmen einer Ausbildung Kindergeld erhält (siehe unter 6.1.4).
- Dem Antrag muss ein ärztliches Attest beiliegen, aus dem hervorgeht, dass der Behinderungsgrad über 50 % beträgt.

3.5 Schulanfangszulage

(Gesetz vom 14.07. 1986 - Memorial A 1986, S.1705)
(Gesetz vom 01. 08.1988 - Memorial A 1988, S. 862)
(Gesetz vom 27.07. 1992 - Memorial A 1992, S. 1698)
(Gesetz vom 22.11.2002 - Memorial A 2002, S. 3098)

Mit der Schulanfangszulage sollen die Ausgaben gedeckt werden, die zum Schulanfang entstehen (Schulmaterialien, Kleidung usw.) und mit dem Sekundarschulalter steigen.

3.5.1 Worin besteht die Schulanfangszulage?

Die Schulanfangszulage ist eine einmal jährlich gewährte Leistung, die anlässlich des Schulanfangs, aber schon im August ausbezahlt wird. Die Beträge werden sowohl nach Alter des Kindes als auch nach Größe der Familie festgesetzt.

3.5.2 Wer ist anspruchsberechtigt und unter welchen Bedingungen?

Die Schulanfangszulage wird für jedes Kind gewährt, das zur Schule geht und Anspruch auf Kindergeld auf Grund des Wohnsitzes in Luxemburg oder der Verordnung EWG 1408/71 hat. Im Unterschied zum Kindergeld ist die Schulanfangszulage im Rahmen der Verordnung EWG 1408/71 nur dann geschuldet, wenn der in Luxemburg versicherte Elternteil berufstätig ist, nicht aber wenn er Pensions- oder Rentenbezieher ist.

- Kinder, die bis zum 31. August mindestens 6 Jahre alt sind, erhalten die Schulanfangszulage **automatisch** zusammen mit dem Kindergeld für den Monat August.
- Kinder, die zum 1. Schuljahr zugelassen werden, ohne am Schulanfang das Mindestalter von 6 Jahren erreicht zu haben, erhalten sie **auf Antrag** hin.
- die Schulanfangszulage wird nicht mehr gewährt für das Kalenderjahr, in dessen Verlauf die Schule abgeschlossen wird.

3.6 Erziehungszulage

(Gesetz vom 01.08.1988 - Memorial A 1988 S. 861)
(Gesetz vom 27.07.1992 - Memorial A 1992 S. 1698)
(Gesetz vom 22.11.2002 - Memorial A 2002 S. 3098)

Der eigentliche Zweck der Erziehungszulage ist es, einem Elternteil zu ermöglichen, seine Berufstätigkeit zu unterbrechen oder zu verringern, um sich der Erziehung seines Kindes oder seiner Kinder zu widmen. Sie wird gewährt für Eltern mit dauerhaftem Wohnsitz in Luxemburg sowie für diejenigen, die in den Anwendungsbereich der Verordnung EWG 1408/71 fallen. Genau wie die Schulanfangszulage ist die Erziehungszulage im Rahmen der Verordnung nur dann geschuldet, wenn der in Luxemburg versicherte Elternteil berufstätig ist. (siehe unter 6.2.3).

3.6.1 Worin besteht die Erziehungszulage?

Die Erziehungszulage ist eine monatliche Leistung, die an Eltern mit mindestens einem Kleinkind gezahlt wird. Der in Frage kommende Bezugszeitraum, der bis zur Vollendung des 2. Lebensjahrs geht, kann entsprechend der Anzahl der Kinder im Haushalt verlängert werden.

Zu diesem Zweck werden nur die Kinder berücksichtigt, die in ihrer Eigenschaft als im Haushalt lebende Familienangehörige Anspruch auf Kindergeld haben.

Die Erziehungszulage wird nur einmal pro Haushalt gewährt, auch wenn mehr als ein Kind in der oben erwähnten Altersgruppe im Haushalt lebt. Sie wird jedoch bei Mehrlingsgeburten oder Mehrfachadoptionen um zwei Jahre pro Kind verlängert.

Die Zahlung erfolgt:

- entweder ab dem Monat, in dem die Mutter kein Mutterschaftsgeld mehr erhält;
- oder ab dem Monat, der auf die vollendete achte Woche nach der Geburt folgt;
- bis zu dem Monat einschließlich, in dem das Kind folgendes Alter erreicht:
 - 2 Jahre, wenn die Familie ein oder zwei Kinder hat,
 - 4 Jahre, wenn die Familie Zwillinge oder drei oder mehr Kinder hat oder ein Kind, welches Anspruch auf die Sonderzulage für behinderte Kinder hat,
 - 6 Jahre, wenn die Familie Drillinge hat, usw.

3.6.2 Wer ist anspruchsberechtigt und unter welchen Bedingungen?

Die Erziehungszulage wird an den Elternteil ausbezahlt, der Kindergeld erhält, unter der Bedingung, dass dieser:

- seinen Wohnsitz im Großherzogtum Luxemburg hat und tatsächlich hier wohnt oder als Berufstätiger gemäß Verordnung EWG 1408/71 der luxemburgischen Gesetzgebung unterliegt;
- sich hauptsächlich der Erziehung der Kinder widmet.
- auf eine Berufstätigkeit verzichtet oder diese nach dem Mutterschaftsurlaub unterbricht, und kein Ersatzeinkommen bezieht (Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Arbeitslosengeld und Unfallentschädigung);

Alternativ zur letzten Bedingung wird die Erziehungszulage in folgenden Situationen ganz oder teilweise gewährt:

• Beide Elternteile üben nach dem Mutterschaftsurlaub eine Tätigkeit mit geringem Einkommen aus

Falls die Einkommenslage der Eltern nach dem Mutterschaftsurlaub den Verzicht auf eine Arbeitstätigkeit nicht zulässt, wird die Erziehungszulage **vollständig** gewährt, wenn das gemeinsame berufliche Halbnettoeinkommen des Haushalts (Bruttoeinkommen abzüglich Sozialbeiträge) den 3, bzw. 4 oder 5fachen beitragspflichtigen Mindestlohn nicht übersteigt, je nachdem, ob ein, zwei oder mehr Kinder im Haushalt leben. In Betracht gezogen wird das durchschnittliche Monatseinkommen des jeweils dem Bezug der Erziehungszulage vorausgehenden Steuerjahres. Falls das Einkommen zusammen mit der Zulage die Höchstgrenze um weniger als den Betrag der Zulage überschreitet, wird diese **teilweise** gewährt.

• Ein Elternteil geht nach dem Mutterschaftsurlaub einer Teilzeitarbeit nach

Sollte das Haushaltseinkommen über der erwähnten Höchstgrenze liegen, wird die Erziehungszulage **zur Hälfte** ausbezahlt, wenn ein Elternteil eine Teilzeitarbeit ausübt (im Höchstfall eine Halbtagsarbeit), um sich in der Hauptsache der Erziehung der Kinder widmen zu können.

• Nach dem Mutterschaftsurlaub gehen beide Elternteile einer Halbzeitarbeit nach

In diesem Fall wird die Erziehungszulage **vollständig** ausbezahlt.





Mutterschaftszulage

(Gesetz vom 30.04.1980 - Memorial A 1980 S. 484)
 (Gesetz vom 23.12.1992 - Memorial A 1992 S. 3074)
 (Gesetz vom 31.07.1995 - Memorial A 1995 S. 1714) -
 (Entscheidung des EuGH vom 31.05.2001 in der Rechtssache C-43/99)

Das ursprüngliche Ziel der Mutterschaftszulage war es, das Bewilligungsprinzip für eine Geldleistung für den Zeitraum, der dem gesetzlichen Mutterschaftsurlaub entspricht, auf Frauen, die einer selbständigen Tätigkeit nachgehen, sowie auf Hausfrauen auszudehnen. Seit 1994 haben Frauen, die als selbständig Tätige versichert sind, Anspruch auf Mutterschaftsgeld, so dass die Mutterschaftszulage nunmehr hauptsächlich den Hausfrauen vorbehalten ist, außer in den Fällen, in denen sie als Ausgleichsleistung gewährt wird.

4.1 Worin besteht die Mutterschaftszulage?

Die Mutterschaftszulage ist eine pauschale Geldleistung, die zu zwei Anlässen gewährt wird:

- Im Falle der Mutterschaft wird sie während maximal acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung gewährt.
- Im Falle einer Volladoption eines Kindes, das noch nicht die Grundschule besucht, wird nur die zweite Hälfte gewährt (siehe unter 6.1.2).

4.2 Wer ist anspruchsberechtigt?

Die Mutterschaftszulage wird an (werdende) Mütter gezahlt, die nicht berufstätig sind oder die während des Mutterschaftsurlaubs Mutterschaftsgeld erhalten, dessen Betrag unter dem der Mutterschaftszulage liegt (z.B. bei Teilzeitarbeit).

Sie wird in zwei Teilen während maximal 16 Wochen, davon 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung, ausbezahlt.

Falls die Mutter bei der Geburt stirbt oder bei einer anonymen Entbindung wird der 2. Teil an die Person ausbezahlt, die für den Unterhalt des Kindes aufkommt.

4.3 Welche Bedingungen muss die Mutter erfüllen?

1. Bezugsbedingung:

Anspruch auf die Mutterschaftszulage hat die (werdende) Mutter, die

- entweder ihren gesetzlichen Wohnsitz ab Anfang der 8. Woche vor der Entbindung in Luxemburg hat,
- oder, falls sie ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU hat, persönlich in Luxemburg pflichtversichert ist und der Verordnung EWG 1408/71 unterliegt.

2. Kumulverbot:

Falls die (werdende) Mutter berufstätig ist, darf ihr Lohn (oder Vergütung) den Betrag der Mutterschaftszulage weder übersteigen noch erreichen. Liegt er darunter, wird ein Unterschiedsbetrag gewährt.

4.4 Welche Formalitäten sind zu berücksichtigen?

- Wenn der 1. Teil vor der Geburt beantragt wird, muss der behandelnde Arzt das voraussichtliche Entbindungsdatum angeben. Diese Bescheinigung ist ungültig, wenn sie vor dem 6. Schwangerschaftsmonat ausgestellt wird.
- Die Zahlung des 2. Teils erfolgt nach Vorlage der Geburtsurkunde.



5. Der Elternurlaub

Der Elternurlaub ist Gegenstand der Richtlinie 96/34/EG, die auf einer Europäischen Lohnvereinbarung beruht. Im Unterschied zur Richtlinie, die sich ausschließlich auf Lohnempfänger bezieht, ist das Luxemburger Gesetz auch auf Selbständige anwendbar. Ziel des Elternurlaubs ist, das Familien- mit dem Berufsleben zu vereinbaren.

5.1 Vergüteter Elternurlaub

(Gesetz vom 12.02.1999 - Memorial A 1999 S.190 ff.)
(Gesetz vom 22.11.2002 - Memorial A 2002 S. 3098)
(Gesetz vom 18.07.2003 - Memorial A 2003 S. 2246)

Mit dem Gesetz vom 12. Februar 1999 über die Schaffung eines Elternurlaubs und eines Urlaubs aus familiären Gründen wird die oben angegebene Richtlinie umgesetzt. Das Recht auf Elternurlaubsgeld besteht für Kinder, die ab dem 1. Januar 1999 geboren wurden, oder für die das Adoptionsverfahren ab diesem Datum eröffnet wurde. Es entsteht durch Geburt oder Adoption eines Kindes. Der Anspruch wird folglich durch die Geburt bzw. die Einreichung des Adoptionsantrags ausgelöst.

5.1.1 Wer hat Anspruch auf vergüteten Elternurlaub?

Das Gesetz über den Elternurlaub findet Anwendung auf Eltern, die:

- ihren Wohnsitz in Luxemburg haben und hier dauerhaft leben oder der Verordnung 1408/71 unterliegen;
- eine berufliche Tätigkeit in Luxemburg ausüben, entweder als Arbeitnehmer oder als Selbständige, und auf Grund dieser Tätigkeit in Luxemburg pensionspflichtversichert sind;
- im Allgemeinen die Bewilligungsbedingungen für den Elternurlaub erfüllen.

Der Elternurlaub wird ausschließlich für die als Familienangehörigen des Antragstellers geltenden und in seinem Haushalt lebenden Kinder bewilligt.

5.1.2 Der Elternurlaub, ein individuelles Recht für jeden berufstätigen Elternteil

Wenn beide Eltern berufstätig sind und die Bewilligungsbedingungen erfüllen, hat jeder von ihnen ein individuelles Recht auf Elternurlaub für dasselbe Kind.

• Elternurlaub im Anschluss an den Mutterschaftsurlaub oder an den Adoptionsurlaub (erster Elternurlaub)

1. Beginn des ersten Elternurlaubs

Wenn beide Elternteile Anspruch auf Elternurlaub haben, muss der erste Urlaub unmittelbar im Anschluss an den Mutterschafts- oder Adoptionsurlaub genommen werden. Andernfalls erlischt der damit verbundene Anspruch. Der andere Elternteil kann seinen Urlaub bis zum 5. Lebensjahr des Kindes (zweiter Urlaub) nehmen. Wenn die Mutter nicht erwerbstätig ist, ist der Beginn des ersten Urlaubs, auf den der Vater Anspruch hat, auf die Zeit nach Ablauf der Mutterschaftszulage, d.h. nach Ablauf der 8. Woche nach der Geburt, festgelegt.

2. Antrag an den Arbeitgeber (zwecks Gewährung des Elternurlaubs)

Wenn der Elternteil Arbeitnehmer ist, muss er den ersten Urlaub vor Beginn des Mutterschafts- oder Adoptionsurlaubs beantragen. Der Antrag muss dem Arbeitgeber per Einschreiben mit Empfangsbestätigung mitgeteilt werden. Wird entweder die Frist oder die Form nicht eingehalten, kann der Arbeitgeber den Antrag als unzulässig betrachten.

Der Arbeitgeber hat nicht das Recht, einen form- und fristgerecht beantragten ersten Urlaub abzulehnen oder zu verschieben. Es ist nicht erforderlich, dass der Arbeitgeber dem Antragsteller die Entscheidung, mit der der Urlaub bewilligt wird, mitteilt.

3. Antrag an die CNPF (zwecks Gewährung des Elternurlaubsgeldes)

Der Antrag ist schriftlich einzureichen

- bei Arbeitnehmern: innerhalb von 14 Tagen nach Antrag beim Arbeitgeber. Der Antrag erfolgt mittels eines Formulars und muss vom Arbeitgeber bestätigt werden.
- bei Selbständigen: innerhalb derselben Frist, während welcher der Antrag beim Arbeitgeber einzureichen ist. Dieser Antrag ist durch eine eidesstattliche Erklärung zu ergänzen, mit der der Urlaub bestätigt wird.

Die vierzehntägige Frist dient als Richtwert.

• Urlaub bis zum Alter von 5 Jahren des Kindes (zweiter Elternurlaub)

1. Beginn des zweiten Elternurlaubs

Der zweite Elternurlaub muss begonnen werden, bevor das Kind das 5. Lebensjahr vollendet.

2. Antrag an den Arbeitgeber (zwecks Gewährung des Elternurlaubs)

Wenn der Elternteil Arbeitnehmer ist, muss er den zweiten Urlaub mindestens vier Monate vor Beginn des Elternurlaubs in derselben Form, die für den ersten Elternurlaub vorgeschrieben ist, beantragen.

Der Arbeitgeber hat nicht das Recht, den zweiten Urlaub abzulehnen, aber er kann aus betrieblichen Gründen verlangen, dass er um maximal zwei Monate verschoben wird. Wenn das Unternehmen jedoch weniger als 15 Beschäftigte hat oder wenn es sich um ein saisonal tätiges Unternehmen handelt, kann der Urlaub entweder um sechs Monate oder bis zum Saisonende verschoben werden. Diese Entscheidung muss dem Antragsteller binnen 4 Wochen zugestellt werden. Eine Verschiebung ist nicht möglich, wenn der Zustand des Kindes die Anwesenheit des Elternteils im Haushalt erforderlich macht.



3. Antrag an die CNPF
(zwecks Gewährung des Elternurlaubsgeldes)

Der Antrag für den zweiten Elternurlaub ist innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der vierwöchigen Zustellungsfrist für die Verschiebung des Urlaubs bei der CNPF einzureichen. Es wird darauf hingewiesen, dass das stillschweigende Einverständnis des Arbeitgebers vorausgesetzt wird, wenn er nicht innerhalb dieser Frist antwortet.

• **Ausnahmen bei der für den ersten Elternurlaub vorgesehenen Frist**

1. Alleinerziehenden steht generell eine Frist bis zum 5. Lebensjahr des Kindes zu.
2. Falls der antragstellende Elternteil einen Probevertrag hat (siehe auch unter 5.1.6.), können beide Eltern den zweiten Urlaub nacheinander in Anspruch nehmen (siehe unter 5.1.4.- Vollzeiturlaub).

Falls der Elternteil bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt ist, muss die Beschäftigungsdauer für eine Wochenarbeitszeit von mindestens 20 Stunden bei einem von ihnen nachgewiesen werden (siehe nachstehend unter 3).

In Ausnahmefällen kann der Elternteil, der gezwungen war, aus wirtschaftlichen Gründen den Arbeitgeber zu wechseln, unter bestimmten Bedingungen mit Einverständnis des neuen Arbeitgebers in den Genuss des Elternurlaubs kommen.

5.1.3 Welche Bewilligungsbedingungen gibt es?

• **In Bezug auf das Beschäftigungsverhältnis**

1. Rechtmäßige und dauerhafte Beschäftigung

Der antragstellende Elternteil muss zum Zeitpunkt der Geburt oder des Antrags auf ein Adoptionsverfahren des betreffenden Kindes dauerhaft und rechtmäßig in Luxemburg beschäftigt sein, entweder als Selbständiger oder als Arbeitnehmer in einem rechtmäßig in Luxemburg niedergelassenen Unternehmen.

Ein von seinem Arbeitgeber in ein anderes Land entsandter Elternteil hat ebenfalls Anspruch auf Elternurlaub. Der ihn begleitende Partner jedoch hat keinen Urlaubsanspruch, sofern er nicht selbst entsandt wird.

2. Vorherige Dauer des Beschäftigungsverhältnisses

Der als Arbeitnehmer beschäftigte Elternteil muss darüber hinaus während des gesamten dem Elternurlaub vorangehenden Jahres bei demselben Arbeitgeber beschäftigt gewesen sein.

3. Wöchentliche Arbeitszeit bei Arbeitnehmern

Während des dem Elternurlaub vorangehenden Beschäftigungszeitraums muss der Elternteil mindestens die Hälfte der normalen Arbeitszeit arbeiten, die gemäß Gesetz oder Kollektivvertrag auf ihn anwendbar ist, d.h. im Allgemeinen während 20 Stunden wöchentlich bei demselben Arbeitgeber.

4. Sozialversicherungsanwartschaft

Der Elternteil muss unmittelbar vor dem Beginn des beantragten Elternurlaubs ununterbrochen während mindestens 12 Monaten auf Grund seiner Arbeitstätigkeit in Luxemburg pensionspflichtversichert sein. Diese Bedingung ist strikt einzuhalten.

5. Einstellung oder Verringerung der Tätigkeit während des Urlaubs

Der Elternteil darf keine berufliche Tätigkeit ausüben bzw. muss diese mindestens auf die Hälfte der normalen Arbeitsdauer verringern, d.h. im Allgemeinen auf 20 Stunden pro Woche, um sich während des Elternurlaubs hauptsächlich der Erziehung des Kindes widmen zu können.

• **In Bezug auf das Kind**

1. Das Kind, für das der Elternurlaub beantragt wird, muss nach dem 31. Dezember 1998 geboren sein;
2. Es darf zu Beginn des Elternurlaubs (2. Elternurlaub) das 5. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
3. Es muss Familienangehöriger des den Elternurlaub beantragenden Elternteils sein (siehe unter Kindergeld);
4. Es muss im Haushalt des betreffenden Elternteils aufwachsen;
5. Es muss Anspruch auf Kindergeld haben;
6. Der Elternteil muss sich hauptsächlich der Erziehung des Kindes widmen.



5.1.4 Die verschiedenen Formen des Elternurlaubs

• Vollzeiturlaub

Jeder Elternteil, der seine Arbeit vollständig aussetzt, kann einen sechsmonatigen Vollzeiturlaub beanspruchen. Bei dieser Art des Urlaubs handelt es sich um einen Rechtsanspruch, den der Arbeitgeber nicht ablehnen kann.

Bei einer Mehrlingsgeburt oder Mehrfachadoption erhöht sich der Vollzeiturlaub ab dem zweiten Kind um jeweils 6 Monate.

Es können nicht beide Elternteile gleichzeitig den Vollzeiturlaub in Anspruch nehmen; beantragen sie dies dennoch, wird der Vorrang durch die alphabetische Reihenfolge der Familiennamen geregelt.

• Teilzeiturlaub

Der Teilzeiturlaub mit einer Dauer von 12 Monaten erfordert immer das Einverständnis des Arbeitgebers. Vorbehaltlich dieses Einverständnisses hat der Elternteil die Wahl zwischen Vollzeit- und Teilzeiturlaub, wenn die geleistete Arbeitszeit das erforderliche Minimum erreicht.

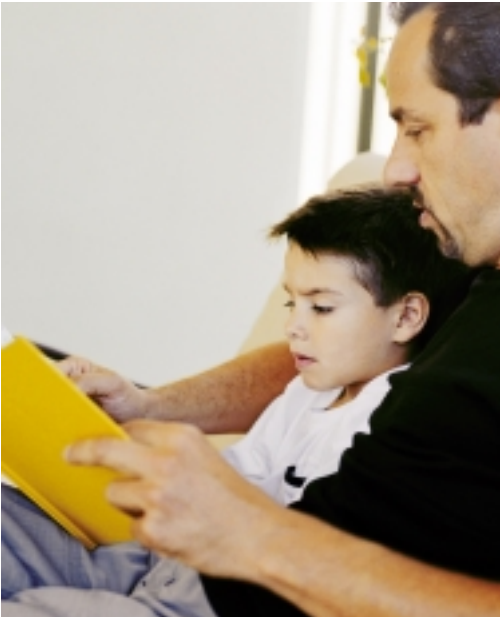
Falls der Arbeitgeber nicht einverstanden ist, kann der Elternteil nur Vollzeiturlaub nehmen. Während des Teilzeiturlaubs muss die wöchentliche Arbeitszeit um die Hälfte der normalen Arbeitszeit verringert werden.

Beispiele: Vollzeitbeschäftigung
Verbleibende Arbeitszeit 40 - 20 = 20 Stunden.

Teilzeitbeschäftigung 30 Stunden
Verbleibende Arbeitszeit 30 - 20 = 10 Stunden

Im Gegensatz zum Vollzeiturlaub können beide Eltern den Teilzeiturlaub gleichzeitig nehmen, um eine ständige Betreuung des Kindes zu gewährleisten.

Bei einer Mehrlingsgeburt oder Mehrfachadoption erhöht sich der Teilzeiturlaub ab dem zweiten Kind jeweils um 12 Monate.



5.1.5 Einschränkungen des Elternurlaubs

• Aufteilung des Elternurlaubs nicht erlaubt

Der Urlaub muss vollständig und in einem Mal genommen werden. Er kann nicht aufgeteilt werden. Deshalb ist es weder möglich, ihn in zwei oder mehreren Teilen zu nehmen, noch die Urlaubszeit zu verkürzen (weniger als 6 bzw. 12 Monate).

Falls der Elternteil seinen Elternurlaub freiwillig unterbricht, verfällt der Urlaub und die bereits gezahlten Monatsraten der Zulage sind zurückzuerstatten. Falls jedoch eine äußere Ursache für den Abbruch oder die Unterbrechung verantwortlich ist (z.B. Konkurs des Arbeitgebers), wird die Zahlung lediglich ab der Wiederaufnahme der Arbeit eingestellt, der Anspruch auf die bereits gezahlten Monatsraten bleibt jedoch bestehen.

Ebenso endet der Elternurlaub, wenn eine der Bewilligungsbedingungen nicht länger erfüllt ist, vor allem beim Ableben des Kindes oder bei nicht erfolgreichem Adoptionsverfahren. Der sich im Urlaub befindliche Elternteil muss spätestens innerhalb eines Monats seine Arbeit wieder aufnehmen, sofern dies möglich ist oder im Unternehmen einen mit seinem früheren Arbeitsplatz vergleichbaren Posten bekleiden. Der Elternteil hat in beiden Fällen Anspruch auf die Hälfte des Urlaubsgeldes für jede begonnene Monathälfte.

• Nichtübertragbarkeit des Elternurlaubs auf den anderen Elternteil

Ein beantragter, aber nicht genommener Urlaub kann nicht auf den anderen Elternteil übertragen werden.

5.1.6 Auswirkungen des Elternurlaubs auf den Arbeitsvertrag

• Aussetzung des Arbeitsvertrages

Der Elternurlaub ändert den Arbeits- oder Ausbildungsvertrag nicht; dieser wird lediglich für die Dauer des Urlaubs ausgesetzt. Nach Beendigung des Urlaubs ist der Elternteil verpflichtet, seine Arbeit wieder aufzunehmen, während der Arbeitgeber die Pflicht hat, den Arbeitsplatz freizuhalten oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu gleichem Lohn bereitzustellen.

• Unbefristeter Arbeitsvertrag

Der unbefristete Arbeitsvertrag kann während des Elternurlaubs nicht vom Arbeitgeber gekündigt werden (außer bei schwerwiegendem Grund).

Im Falle einer Kündigung aus schwerwiegendem Grund vor Beginn des Elternurlaubs wird das Arbeitsverhältnis beendet und der Urlaub kann nicht mehr genommen werden.

• Befristeter Arbeitsvertrag

Der Elternurlaub ändert das Ablaufdatum des befristeten Arbeitsvertrages nicht.

• Probevertrag

Wenn der Elternteil einen Probevertrag hat, wird das Recht auf Elternurlaub erst nach Ablauf der Probezeit wirksam. Der Urlaub darf folglich erst dann beantragt werden, wenn der Vertrag endgültig wird.

In allen Fällen, in denen der Anlass, der zum Elternurlaub berechtigt, während des Probevertrages erfolgt, haben beide Eltern das Recht, den Urlaub bis zum 5. Lebensjahr des Kindes zu nehmen.



5.1.7 Das Elternurlaubsgeld

Während der Dauer des Elternurlaubs hat der Elternteil Anspruch auf eine monatliche Zulage, die von der CNPF jeweils am Monatsende ausgezahlt wird, unter der Voraussetzung, dass der Antrag und die erforderlichen Unterlagen innerhalb der vorgesehenen Fristen eingegangen sind.

• Vom Antragssteller durchzuführende Schritte

1. Antrag auf Elternurlaubsgeld: siehe unter 5.1.2.

2. Geburtsanzeige

Die Geburtsanzeige muss innerhalb von zwei Wochen nach der Eintragung ins Zivilstandsregister erfolgen.

3. Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs

Falls die Mutter stillt, muss sie der CNPF die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs noch vor der 7. Woche nach der Entbindung durch ein ärztliches Attest mitteilen. Dieselbe Mitteilungspflicht besteht gegenüber dem Arbeitgeber. Andernfalls sollte sie die Nicht-Verlängerung innerhalb derselben Frist mitteilen, damit die Zahlung ab dem ersten Monat des Elternurlaubs gewährleistet werden kann.

4. Bei verspätetem Antrag: Verjährung des Elternurlaubsgeldes

Jede fällige Monatsrate verjährt einzeln zwei Jahre nach Ablauf des Monats, auf den sie sich bezieht.

• Gewährung des Elternurlaubsgeldes

1. Unter der Voraussetzung, dass die Beendigung des Mutterschaftsurlaubs der CNPF mitgeteilt wurde, informiert diese die Eltern und den Arbeitgeber des Antragstellers vor Beginn des Elternurlaubs über die Bewilligung des Elternurlaubsgeldes sowie den Bewilligungszeitraum. Sollten die Bezugsbedingungen nicht erfüllt sein, stellt sie einen begründeten Ablehnungsbescheid mittels Einschreibebrief zu.

2. Nach Bewilligung kommt das Elternurlaubsgeld im Prinzip ab dem ersten Urlaubsmonat zur Auszahlung.

3. Falls während des von der Mutter genommenen Elternurlaubs ein Mutterschaftsurlaub eintritt, endet der Elternurlaub. Das Mutterschaftsgeld tritt an Stelle des Elternurlaubsgeldes. Wenn der Urlaub vom Vater genommen wird, wird er nicht durch einen erneuten Mutterschaftsurlaub unterbrochen, da dieses ein persönliches Recht darstellt.



5.1.8 Wie ist der Kumul des Elternurlaubsgeldes mit der Erziehungszulage geregelt?

1. Das Elternurlaubsgeld kann nicht an einen Elternteil ausbezahlt werden, der bereits die Erziehungszulage oder eine gleichartige Leistung nach nicht-luxemburgischen Vorschriften für dasselbe Kind erhalten hat. Dieser Elternteil kann gegebenenfalls einen unvergüteten Elternurlaub laut Richtlinie 96/34 EG beantragen (siehe auch unter 5.2).

2. Mit Ausnahme der Verlängerungszeit von 2-4 Jahren kann die Erziehungszulage für dasselbe Kind nicht mehr gezahlt werden, wenn ein Elternteil das Elternurlaubsgeld erhalten hat. Dieses Verbot eines Kumuls findet auch für gleichartige Leistungen im Ausland Anwendung, selbst wenn sie nicht für denselben Zeitraum gewährt werden. Folglich müssen die bereits geleisteten Monatsraten des Elternurlaubsgeldes vollständig zurückerstattet werden, falls ein Elternteil eine Erziehungsbeihilfe nach nicht-luxemburgischen Vorschriften beantragt und bezieht, nachdem sein (Ehe)partner das Elternurlaubsgeld erhalten hat.

3. Das Elternurlaubsgeld kann nicht gleichzeitig mit einer Erziehungszulage, die dem anderen Elternteil für dasselbe Kind gewährt wurde, gezahlt werden, mit Ausnahme der von 2 auf 4 Jahre verlängerten Erziehungszulage. Bei einem Zusammentreffen von Elternurlaubsgeld und Erziehungsgeld bis zum Alter von 2 Jahren wird lediglich das Elternurlaubsgeld gezahlt. Die bereits zusätzlich zum Elternurlaubsgeld gezahlte Erziehungsbeihilfe wird mit den noch ausstehenden Monatsraten des Elternurlaubsgeldes verrechnet. Ist eine Verrechnung nicht möglich, muss der entsprechende Betrag zurückerstattet werden.

4. Falls derselbe Elternteil die Erziehungszulage bezieht und für ein weiteres Kind Elternurlaub nimmt, werden die während des Elternurlaubs fälligen Monatsraten der Erziehungszulage ausgesetzt. Die von einem nicht-luxemburgischen Träger gezahlte, gleichartige Beihilfe wird von der Monatsrate des Elterngeldes bis hin zu sechs Raten abgezogen. Ist eine Verrechnung nicht möglich, muss der entsprechende Betrag zurückerstattet werden.

5. Keinerlei Bestimmung untersagt den gleichzeitigen Bezug von Elternurlaubsgeld durch einen Elternteil für ein Kind und der Erziehungszulage durch den anderen Elternteil für ein anderes Kind. In diesem Fall können beide Leistungen ohne Abzug gleichzeitig ausbezahlt werden.



5.2 Unvergüteter Elternurlaub

Gemäß Richtlinie 96/34 EG kann ein Elternteil, dessen Antrag auf Elternurlaubsgeld endgültig abgelehnt wurde, bei seinem Arbeitgeber unvergüteten Elternurlaub beantragen. Die Richtlinie legt eine Mindestdauer des Elternurlaubs von drei Monaten fest. Während dieses Urlaubs kann eine Erziehungszulage gewährt werden, vorausgesetzt, das Kind hat die für diese Leistung vorgesehene Altersgrenze nicht überschritten.

Diese Art des Elternurlaubs ist nicht an die Bedingungen geknüpft, dass er für 6 Monate genommen werden muss. Die Eltern können ihn folglich ab einer Mindestdauer von 3 Monaten beantragen. Die arbeitsrechtlichen Kriterien bleiben überdies unverändert.



Leistungsansprüche in besonderen Situationen

6.1 Situationen, die sich auf ein oder mehrere bestimmte Kinder beziehen

6.1.1 Mehrlingsgeburten

Bei der Geburt von Zwillingen, Drillingen usw. hat die Familie je nach Art der Leistung entweder Anspruch auf ein Vielfaches des Betrages oder auf eine Verlängerung der Zahlungsdauer.

- Die Geburtenzulage wird für jedes Kind ausbezahlt. Dies gilt für jede der drei Teilzahlungen, so dass bei Zwillingen Anspruch auf zwei vorgeburtliche Zulagen, zwei Geburtenzulagen und zwei nachgeburtliche Zulagen besteht;
- Die Erziehungszulage wird um 2 Jahre pro Kind verlängert. Bei Zwillingen verlängert sich der Anspruch also bis zu deren 4. Geburtstag, bei Drillingen bis zum 6. Geburtstag usw.
- Ebenso wird das Elternurlaubsgeld pro Kind um 6 Monate bei Vollzeiturlaub und um 12 Monate bei Teilzeiturlaub verlängert.

Die genannten Bestimmungen gelten ebenfalls im Falle von Mehrfachadoptionen, mit Ausnahme der vorgeburtlichen Zulage, auf die bei Adoptionen kein Anspruch besteht.

6.1.2 Adoption

Hinsichtlich des Anspruchs auf Familienleistungen gilt das Kind als Familienmitglied der Adoptiveltern ab dem Datum, ab welchem die Adoption rechtswirksam wird. Nach Luxemburger Recht ist dies der Tag, an dem der Adoptionsantrag bei Gericht eingereicht wird.

Die Leistungen können wie folgt ausgezahlt werden:

- **Der 2. Teil der Mutterschaftszulage** wird vollständig an den Adoptivelternteil gezahlt, der entweder nicht erwerbstätig ist, unbezahlten Urlaub genommen hat oder über ein Berufseinkommen verfügt, das niedriger als der 2. Teil der Mutterschaftszulage ist.

Sie wird während eines Zeitraums von 8 Wochen nach der Eintragung des Adoptionsurteils ins Zivilstandsregister unter folgenden Bedingungen gezahlt:

- die Adoptiveltern müssen ihren Wohnsitz mindestens während der fraglichen 8 Wochen in Luxemburg haben;
- das Kind darf am Tag des Adoptionsantrags die Grundschule noch nicht besuchen.

Die Mutterschaftszulage verjährt zwei Jahre nach Eintragung des Adoptionsurteils.

- **Der 2. Teil der Geburtenzulage (die eigentliche Geburtenzulage)** wird an die Adoptiveltern gezahlt, wenn diese mindestens während des Adoptionsverfahrens ihren Wohnsitz in Luxemburg haben. Diese Teilzahlung verjährt zwei Jahre nach dem Geburtsdatum des Kindes.

- **Der 3. Teil der Geburtenzulage (die nachgeburtliche Zulage)** wird an die Adoptiveltern ausbezahlt, selbst wenn das Kind nicht ab seiner Geburt in Luxemburg aufgewachsen ist. Falls es im Ausland zur Welt gekommen ist, wird die Zulage folgendermaßen gewährt:
 - vollständig, sofern die vor der Ankunft des Kindes in Luxemburg vorgenommenen ärztlichen Untersuchungen den hier gültigen Vorschriften entsprechen;
 - im Verhältnis zu den nach der Ankunft in Luxemburg vorgenommenen Untersuchungen, falls obige Bedingung nicht erfüllt ist.

- **Das Kindergeld** wird nach dem Adoptionsurteil an die Adoptiveltern gezahlt, mit Wirkung ab dem ersten vollen Monat, in dem die Adoption rechtswirksam wird. Falls die Adoptiveltern schon vorher für den Unterhalt des Kindes aufgekomen sind oder falls eine Adoption im Herkunftsland des Kindes vorgenommen wurde, kann die CNPF unter Umständen die Zahlung aufgrund einer Sonderbewilligung ab dem Monat nach der Anmeldung des Kindes in Luxemburg aufnehmen. Ergeht das Urteil im Rahmen einer internationalen Adoption gemäß der Haager Konvention im Herkunftsland, erfolgt die Zahlung ab dem Monat nach Anmeldung des Kindes in Luxemburg.

- **Falls Anspruch auf die Erziehungszulage besteht** (siehe Kap. 3.6), kann diese frühestens ab dem 1. des Monats nach Einreichung des Adoptionsantrags ausbezahlt werden. Während des Adoptionsurlaubs (congé d'accueil) besteht kein Anspruch auf die Erziehungszulage.

- **Falls Anspruch auf Elternurlaubsgeld besteht** (siehe v.a. Kap. 5.1.2), muss der Elternurlaub im Anschluss an den Adoptionsurlaub genommen werden, bzw. beim Elternurlaub bis zum Ende des 5. Lebensjahres des Kindes, nachdem der Adoptionsantrag eingereicht wurde.



6.1.3 Wenn das Kind zur Schule geht

• Ab der Grundschule

Ab dem 6. Lebensjahr, d.h. ab Beginn der Schulpflicht, hat das Kind Anspruch auf **erhöhte Familienzulagen**, um die schulbedingten Mehrausgaben auszugleichen. In Luxemburg werden Kinder, die bis zum 31. August das 6. Lebensjahr vollendet haben, im September zum ersten Grundschuljahr zugelassen.

- **Der Alterszuschuss** wird automatisch ab dem Monat gezahlt, an dem das Kind das 6. Lebensjahr vollendet.

- **Die Schulanfangszulage** wird automatisch jedes Jahr im August für die Kinder gezahlt, die die Alterskriterien für den Schulbeginn erfüllen und die Anspruch auf Familienzulagen haben.

Wenn das Kind zum ersten Grundschuljahr zugelassen wurde, aber noch keine 6 Jahre alt ist, muss eine Schulbescheinigung vorgelegt werden, um die Schulanfangszulage zu erhalten.

• Ab dem 18. Lebensjahr

Das Kindergeld und die Schulanfangszulage werden bei Studium oder Berufsausbildung **bis spätestens zur Vollendung des 27. Lebensjahres weitergewährt**, selbst wenn der Studierende heiratet.

Ab dem 18. Lebensjahr muss zu jedem Schulanfang eine Studienbescheinigung eingereicht werden. Bei Semesterstudien gilt dies auch nach den Semesterferien. Folgende Studien geben Anrecht auf die o.g. Zulagen:

- Sekundär-, Hochschul- oder Universitätsstudium (klassischer, technischer oder beruflicher Unterricht) mit wenigstens 16 Unterrichtsstunden pro Woche;
- Abendkurse der Sekundärstufe (klassischer oder technischer Unterricht);
- Lehrverträge unter der Aufsicht einer Berufskammer;
- Im Rahmen des Studiums vorgesehene Praktika, die für den Erhalt des Abschlussdiploms vorgeschrieben sind.

Nicht anerkannt sind:

- Fernunterricht;
- jeglicher als freier Student besuchter Unterricht;
- vom Staat finanzierte Ausbildungen für Armee- und Polizeifreiwillige, sowie generell die Ausbildungen für den öffentlichen Dienst.

Der Anspruch auf Kindergeld erlischt ab dem 1. des Monats,

- welcher der Aufgabe des Studiums oder der Berufsausbildung folgt;
- welcher dem Erhalt des Abschlussdiploms oder -zeugnisses folgt;
- während dem der Lehrling oder Praktikant einen Lohn in Höhe des beitragspflichtigen Mindestlohnes bezieht;
- während dem der Student, der parallel zu seinem Studium eine Arbeit ausübt, ein Berufseinkommen in Höhe von wenigstens 80 % des beitragspflichtigen Mindestlohnes bezieht, außer wenn es sich um eine nicht länger als 4 Monate dauernde Ferientätigkeit handelt.

Im Fall einer krankheitsbedingten Unterbrechung des Studiums wird die Zeit der Unterbrechung der Studienzeit gleichgestellt. Die Zahlung erfolgt rückwirkend bei der Wiederaufnahme des Studiums, auf Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung.



6.1.4 Vorhandensein einer Behinderung

• Bei Feststellung der Behinderung

Wird eine Minderung der körperlichen oder geistigen Fähigkeiten von mehr als 50 % im Vergleich zu einem normalen Kind festgestellt, hat das Kind zusätzlich zum Kindergeld Anspruch auf die Sonderzulage für behinderte Kinder.

Der Anspruch auf die Sonderzulage entsteht ab dem Monat, nach dem die Behinderung 50 % erreicht, mit Ausnahme der eventuell verjährten Monatsraten (zweijährige Verjährungsfrist) und vorbehaltlich eines allgemeinen Anspruchs auf Familienzulagen.



• Ab dem 18. Lebensjahr

- Das Kindergeld wird nach Vollendung des 18. Lebensjahrs bis spätestens zur Vollendung des 27. Lebensjahrs (Verlängerung bis zum 30. Lebensjahr in Ausnahmefällen möglich) weitergezahlt, wenn der Behinderte an einer seinen Fähigkeiten angepassten Ausbildung z.B. in einer Sonderschule teilnimmt, vorausgesetzt, er erhält weder Leistungen für behinderte Arbeitnehmer, noch für Schwerbehinderte oder sonstige Einkünfte gleich welcher Art bzw. ein gesetzliches Mindesteinkommen (in Luxemburg RMG) oder eine Beihilfe für behinderte Erwachsene nach nicht-luxemburgischen Vorschriften (Gesetz vom 12.09.2003, das am 01.06.2004 in Kraft getreten ist).

Kranken-, Mutterschafts-, Arbeitslosengeld und Vergütung der Unfallversicherung gelten als Ersatzeinkünfte. Der RMG ist ein gesetzliches Mindesteinkommen. Das Einkommen für Schwerbehinderte entspricht dem RMG.

Neben der beim Erstantrag vorzulegenden ärztlichen Bescheinigung über den Grad der Behinderung müssen behinderte Erwachsene eine Bescheinigung über die Art der absolvierten Ausbildung und gegebenenfalls eine Einkommensbescheinigung vorlegen.

- Zusätzlich zum Kindergeld wird die Sonderzulage über das 18. Lebensjahr hinaus gewährt, solange die eventuellen Einkünfte des behinderten Erwachsenen, **einschließlich des Kindergeldes**, unter der oben angegebenen Grenze bleiben.

Ab dem Monat, während dem der Behinderte das Einkommen für Schwerbehinderte oder ein Berufs- oder Ersatzeinkommen bzw. eine Leistung für behinderte Erwachsene nach nicht-luxemburgischen Vorschriften erhält, werden beide Zulagen eingestellt.

6.2 Situationen, die sich auf die ganze Familie beziehen

6.2.1 Die Familie nimmt ihren Wohnsitz im Großherzogtum Luxemburg auf

Wenn eine Familie sich ordnungsgemäß in Luxemburg anmeldet, hat sie Anspruch auf alle Zulagen, die dem Alter der Kinder entsprechen. Falls ein weiteres Kind zur Welt kommt, nachdem die Familie ihren Wohnsitz in Luxemburg aufgenommen hat, besteht grundsätzlich ein Anrecht auf sämtliche zu diesem Anlass vorgesehenen Zulagen.

Der Anspruch besteht ab dem ersten vollen Monat, während dem die Familie legal in Luxemburg gemeldet ist und dies unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Familienmitglieder.

6.2.2 Die Familie hält sich studien- oder berufshalber im Ausland auf

Studierende, die eine ausländische Hochschule besuchen ohne ihren Wohnsitz in Luxemburg aufzugeben, behalten ein Anrecht auf sämtliche Familienzulagen in Luxemburg, bis zum Alter von 27 Jahren für sich selbst, und unabhängig von der Studiendauer, auch für ihre Kinder. Die Studierenden müssen ihren ursprünglichen Wohnsitz während der gesamten Studiendauer beibehalten.

Für Kinder von Personen, die aus beruflichen Gründen ins Ausland entsandt wurden, sei es in ihrer Eigenschaft als Mitglied einer diplomatischen Vertretung, als Mitarbeiter eines in Luxemburg beheimateten Unternehmens, eines Entwicklungsprojekts oder einer Friedensmission, bleibt der Anspruch auf sämtliche Leistungen bestehen.

Die Bedingungen, dass das Kind in Luxemburg geboren und dort dauerhaft erzogen wird, gelten in den erwähnten Situationen als erfüllt.

6.2.3 Leistungsansprüche der in Luxemburg beschäftigten Grenzgänger oder Wanderarbeitnehmer

Ein in Luxemburg sozialversicherter Arbeitnehmer oder Selbständiger, dessen Familie im Ausland lebt, hat Anspruch auf jene Leistungen, die aufgrund eines internationalen Abkommens über die Grenzen hinweg gezahlt werden können (siehe Bedingungen unter den jeweiligen Leistungen). Der Anspruch besteht ab dem ersten vollen Monat, während dem der Arbeitnehmer oder Selbständige in Luxemburg versichert ist.

• **Rechtsanspruch:** Eine Person, die in Luxemburg arbeitet oder eine Pension bezieht und auf der Grundlage der EWG-Verordnungen oder eines Abkommens über die soziale Sicherheit in Luxemburg sozialversichert ist, hat Anspruch auf Familienleistungen für ihre als Familienangehörige geltenden Kinder, die - je nach Rechtsgrundlage - entweder auf dem Gebiet der EU oder in ihrem Herkunftsland leben.

Die in der EU lebenden Kinder haben nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften einen direkten Rechtsanspruch, der jedoch an die Berufstätigkeit oder den Pensionsbezug gebunden und folglich auf Leistungen beschränkt ist, die in den Anwendungsbereich der EWG-Verordnung fallen. Dieser Anspruch unterscheidet sich von dem individuellen Rechtsanspruch, der im nationalen Gesetz verankert ist.

• **Anwendungsbereich der EWG-Verordnungen:** Die EU-Verordnungen finden auf dem Gebiet der Europäischen Union sowie der Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Schweiz Anwendung. Seit dem 1. Juni 2003 sind Angehörige von Drittländern, die auf dem Gebiet der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben, den EU-Angehörigen in Bezug auf die Anwendung dieser Verordnungen gleichgestellt.

• **Leistungen:** Die Erziehungs- und Schulanfangszulage werden ausschließlich innerhalb der EU, des EWR und der Schweiz gezahlt, außer an Pensionsempfänger. Diese haben lediglich Anspruch auf Kindergeld und die Sonderzulage für behinderte Kinder.

Im Anwendungsbereich der bilateralen Abkommen werden ebenfalls nur das Kindergeld und die Sonderzulage für behinderte Kinder gezahlt. Für einige Länder bestehen Einschränkungen hinsichtlich des Kindergeldbetrags, sowie eine herabgesetzte Altersgrenze.

• **Anspruchsbeginn:** Die Leistungen werden ab dem ersten vollen Monat gezahlt, während dem der Anspruchsberechtigte in Luxemburg arbeitet und sozialversichert ist.

• **Leiharbeiter:** Da der Anspruchsbeginn zum Ersten eines Monats festgesetzt wird, haben Leiharbeiter nur einen Leistungsanspruch für die Monate, in denen sie ab dem Monatsersten sozialversichert sind.

• **Vorrangiger Anspruch im Wohnsitzland der Familie:** Falls der Ehepartner der in Luxemburg beschäftigten Person eine Arbeitstätigkeit im Wohnsitzland der Familie ausübt, hat er einen vorrangigen Anspruch auf die in diesem Land bestehenden Familienzulagen. Die CNPF kann einen Unterschiedsbetrag gewähren, falls die in Luxemburg geschuldeten Beträge die des Wohnsitzlandes übersteigen.

Der Unterschiedsbetrag wird in der Regel in Abständen von 6 Monaten oder einem Jahr ausbezahlt, und zwar auf der Grundlage einer vom zuständigen Träger des Wohnsitzlandes ausgestellten Bescheinigung, aus der die während der entsprechenden Zeitspanne gewährten Beträge ersichtlich sind.

Durch bilaterale Abkommen kann, im Interesse der betroffenen Familien, die Zahlung von Unterschiedsbeträgen durch die vollständige Vorauszahlung der luxemburgischen Familienzulagen ersetzt werden. Bei letzterer werden die vorrangig im Wohnsitzland geschuldeten Familienleistungen an die CNPF erstattet.

Ein solches Abkommen wurde mit Frankreich unterzeichnet. Ein zweites Abkommen ist mit Belgien geplant.

Zusammengefasst:

Wenn	entsteht Anspruch auf:
Sie Grenzgänger oder Wanderarbeitnehmer sind und eine berufliche Tätigkeit in Luxemburg ausüben oder eine Pension hier beziehen	alle ausführbaren Leistungen, d.h. je nach Fall: <ul style="list-style-type: none">- Kindergeld- Schulanfangszulage*- Sonderzulage für behinderte Kinder- Erziehungszulage*- Elternurlaubsgeld*- Mutterschaftszulage**

- * Nur für Aktive im Rahmen der EWG-Verordnungen
- ** Nur für persönlich pflichtversicherte (Mutterschaftsgeldleistungen setzen eine eigene Pflichtversicherung voraus)





Praktische Auskünfte und Hinweise

7.1 An wen muss ich mich wenden, um eine Auskunft über die Familienleistungen oder eine diesbezügliche Bescheinigung zu erhalten?

Wenden Sie sich am besten an:

1. **die Empfangsschalter der CNPF**
CNPF, 1A, boulevard Prince Henri in Luxemburg (gegenüber dem Stadtpark und der Stiftung Pescatore).
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr;
2. **den Informationsserver der CNPF**
(Tel. 27 610 610 – die Einrichtung ist im Laufe des Jahres 2005 geplant – sobald die Benutzer ihren Zugangscode und ihr Passwort erhalten haben). Dieser Dienst ist täglich rund um die Uhr verfügbar. Zugang erhalten Sie mit Ihrem Zugangscode. Persönliche Auskünfte erhalten Sie nur mit Ihrem Passwort;
3. **die telefonische Auskunftstelle** der CNPF
(Tel. 47 71 53-1) nur für allgemeine Auskünfte und Anforderung von Bescheinigungen oder Formularen.
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, von 8.30 bis 11.30 Uhr;

4. **die Durchwahlnummern:**
47 71 53 - 305 / 347 / 349
für sämtliche Auskünfte zum Elternurlaub;

5. **die Internet-Homepage** der CNPF:
www.cnpf.lu

6. **den Fax-Server** der CNPF
Tel. 47 71 53-328

Über den Informationsserver können Sie:

- eine **Zahlungsbescheinigung** beantragen
- sich nach dem **Bearbeitungsstand** Ihrer Akte erkundigen
- sich nach den bisher **geleisteten Zahlungen** erkundigen
- **allgemeine Auskünfte** erhalten
- sich bei persönlichen Fragen mit der telefonischen Auskunftstelle der CNPF verbinden lassen

Auf der Homepage können Sie:

- **Antragsformulare** ausfüllen und ausdrucken
- eine **Zahlungsbescheinigung** anfordern
- **allgemeine Auskünfte** erhalten

7.2 Was muss ich tun, um meinen Anspruch geltend zu machen?

Laut Gesetz müssen Sie für jede Leistung einen schriftlichen Antrag bei der CNPF stellen. Eine mündliche Anfrage ist unzureichend.

Lediglich der Alterszuschuss und die Schulanfangszulage (abgesehen von den unter 3.5 und 6.1.3 beschriebenen Ausnahmefällen) werden automatisch an Kindergeldempfänger ausbezahlt.

Sämtliche Formulare sind bei der CNPF erhältlich. Die meisten davon erhalten Sie ebenfalls bei den Gewerkschaften, der Arbeiterkammer sowie dem Familienministerium.

Jedes Formular muss korrekt ausgefüllt, unterschrieben und bescheinigt sein. Gegebenenfalls sind die erforderlichen Belege beizufügen.

Folgende Formulare werden Ihnen normalerweise spontan ausgehändigt:

- **Mutterschafts- und vorgeburtliche Zulage:** durch den Frauenarzt
- **gemeinsames Formular für Geburtenzulage und Kindergeld; Formular für Erziehungszulage:** durch die Zivilstandsbehörde, wenn Sie das Kind anmelden
- **nachgeburtliche Zulage** in der Entbindungsklinik
- **Elternurlaubsgeld**
Anträge auf Elternurlaubsgeld erhalten Sie beim Frauenarzt oder bei den Gewerkschaften. Einzelheiten siehe 5.1.7

Sollte dies versehentlich nicht der Fall sein, zögern Sie nicht, das betreffende Formular umgehend anzufordern, um das Risiko der Verjährung zu vermeiden.

7.3 Welche Belege muss ich dem Antrag beifügen?

Falls ein bestimmter Beleg fehlt, wird die CNPF Sie auffordern, ihn nachzusenden. Sie können wertvolle Zeit gewinnen, indem Sie Ihrem Antrag folgende Belege (Original oder amtlich beglaubigte Kopie) sofort beifügen:

- Dem Antrag auf Gewährung des 2. Teils der Geburtenzulage muss eine Geburtsurkunde beigefügt werden.
- Bei Adoption ist eine Kopie des Adoptionsurteils sowie eine Bescheinigung beizufügen, aus welcher hervorgeht, wann der Adoptionsantrag bei Gericht eingereicht wurde.
- Dem Antrag auf Gewährung der Sonderzulage für behinderte Kinder muss ein ärztliches Attest beiliegen, aus dem der Behinderungsgrad hervorgeht.
- Falls eine Familie aus dem Ausland nach Luxemburg umzieht, ist eine Abmeldebescheinigung der vorher zuständigen Kasse beizufügen.
- Falls die Kinder im Ausland wohnen, sind außerdem folgende Belege erforderlich:
 - Geburtsurkunde eines jeden Kindes sowie der Person, die das Kindergeld erhalten soll;
 - Haushaltsbescheinigung oder ein Formular E401;
 - Kontobescheinigung der Bank oder Post mit Angabe Ihrer IBAN-Kontonummer sowie des BIC-Codes Ihrer Bank.



7.4 Innerhalb welcher Frist muss ich die Leistungen beantragen?

Sie haben zwei Jahre Zeit, um Ihren Antrag zu stellen. Das Stichdatum für jede Leistung ist aus der nachfolgenden Übersichtstafel der Verjährungsfristen ersichtlich.

Der Antrag unterbricht die Verjährung nur, wenn er vollständig und unterschrieben ist. Er ist gültig, wenn er innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist auch bei einer nicht zuständigen Luxemburger Behörde eingereicht wird.

Falls Sie jedoch die entsprechende Frist versäumen, sind die beantragte Leistung oder die Monatsbeträge, die mehr als zwei Jahre zurückliegen, verjährt und können nicht mehr ausbezahlt werden.

Übersichtstafel der Stichtage für die verschiedenen Anträge

Bezeichnung der Leistung	Antrag ist zu stellen innerhalb von zwei Jahren nach dem:
Vorgeburtliche Zulage	Tag der Geburt
Eigentliche Geburtszulage	Tag der Geburt
Mutterschaftszulage (vorgeburtlicher Teil) (nachgeburtlicher Teil) (nachgeburtlicher Teil)	Tag der Geburt Ende der 8. Woche nach der Geburt Ende der 8. Woche nach der Eintragung des Adoptionsurteils ins Zivilstandsregister
Nachgeburtliche Zulage	2. Geburtstag
- Kindergeld - Erziehungszulage - Behindertenzulage	Ende des Anspruchsmonats (monatlich)
Elternurlaubsgeld	Ende des Anspruchsmonats (monatlich)
Schulanfangszulage	Ende des Schulanfangsmonats

7.5 Wie und wann werden die Leistungen ausbezahlt?

Nach Antragseingang findet eine Vorprüfung statt, um festzustellen, ob die Unterlagen vollständig sind. Sollte dies nicht der Fall sein, werden die fehlenden Belege so schnell wie möglich angefordert. Alle Belegstücke werden in der elektronischen Dokumentenverwaltung erfasst. Sobald die Akte vollständig ist, erfolgt die Bearbeitung. Nach der Erfassung der Daten durch EDV werden die Leistungen auf ein IBAN-Bank- oder Postscheckkonto überwiesen. Zahlungen per Barzahlungen oder Ausstellen eines Schecks sind ausgeschlossen. Zahlungen per Postanweisung sind nur in Ausnahmesituationen möglich.

7.6 Verpflichtungen, die nach der Zuerkennung einer Leistung einzuhalten sind

Sie müssen innerhalb eines Monats jede Änderung mitteilen, die eine Minderung oder ein Erlöschen Ihres Anspruchs auf die gewährte Zulage mit sich bringt. Durch Ihre Unterschrift auf dem Antrag erklären Sie, die entsprechende Verpflichtung zur Kenntnis genommen zu haben, z.b. für:

- Wohnsitzverlegung ins Ausland;
- Abreise eines Kindes ins Ausland;
- Änderung des Sorgerechtes;
- Heirat oder Ableben eines Kindes;
- Arbeitseinstellung, falls Sie Grenzgänger oder Wanderarbeitnehmer sind;
- Eintritt des Studenten oder des Behinderten ins Arbeitsleben;
- Für den Behinderten: Zuerkennung der Leistungen für Schwerbehinderte oder jeglicher sonstigen Einkommens- oder Ersatz-einkünfte bzw. Leistungen für behinderte Erwachsene nach nicht-luxemburgischen Vorschriften;
- Erhöhung des Einkommens oder Wiederaufnahme der beruflichen Tätigkeit (Erziehungszulage);
- Wiederaufnahme einer Ganztagsarbeit, falls Sie bisher die halbe Erziehungszulage bezogen haben.

Falls Sie diese Änderungen nicht oder zu spät mitteilen, müssen Sie:

- die zu Unrecht erhaltenen Zulagen zurückzahlen;
- eine gegebenenfalls durch den Vorstand verhängte Geldstrafe zahlen.

7.7 In welchen Fällen kommt die Leistung nicht zur Auszahlung?

Die beantragte Leistung wird nicht ausbezahlt:

- falls eine der Bezugsbedingungen nicht erfüllt ist;
- falls die Zulage verjährt ist (siehe Nr. 7.4);
- falls anderswo ein vorrangiger Anspruch auf eine gleichwertige Leistung besteht. Die Zulage muss dann vom vorrangig zuständigen Träger ausbezahlt werden. Falls ein Unterschiedsbetrag seitens der CNPF in Frage kommt (siehe unter 6.2.3.), werden Sie unterrichtet, welche Schritte Sie in diesem Falle unternehmen müssen.

In den anderen Fällen erhalten Sie ein begründetes Ablehnungsschreiben.

7.8 Was kann ich unternehmen, wenn mir eine Leistung verweigert wurde?

Falls Sie der Meinung sind, dass Ihr Antrag zu Unrecht abgelehnt wurde, können Sie einen schriftlichen Widerspruch gegen die Entscheidung an den CNPF-Vorstand richten.

Die Entscheidung des Vorstandes kann vor dem Schiedsamt (Conseil arbitral) der Sozialversicherungen angefochten werden.

Das Verfahren ist kostenlos, der Beistand eines Rechtsanwaltes nicht zwingend. Sie müssen beim Sekretariat des Schiedsamtes ein Schreiben in doppelter Ausfertigung - begründet und unterschrieben - einreichen, um gegen den Bescheid zu klagen. Unterschreiben muss immer derjenige, an den der Bescheid gerichtet ist (gegebenenfalls beide Eltern).

Die Widerspruchs- und Rekursfrist beträgt jeweils 40 Tage nach der Zustellung des Bescheides durch Einschreibebrief.



8. Übersichtstafel der Leistungen, bei Indexstand 100

Zulage	Beträge in Euro		Zahlungsbeginn	Zahlungsende	ins Ausland ausführbar	Empfänger
Einmalige Zahlungen						
Mutterschaftszulage	pro Teil:	238,00	1. Teil: vor der Geburt	/	ja (unter Vorbehalt)	Mutter
	Gesamt =	476,00	2. Teil:		ja (dto.)	Mutter / Erziehungsberechtigter
	pro Woche:	29,75	1) nach der Geburt 2) nach der Adoption		nein	Adoptiveltern
Vorgeburtliche Zulage		88,94	nach der Geburt	/	nein	Mutter
Geburtenzulage		88,94	nach der nachgeburtlichen Untersuchung	/	nein	Mutter / Erziehungsberechtigter
Nachgeburtliche Zulage		88,94	2. Geburtstag des Kindes	/	nein	Erziehungsberechtigter
Monatliche Zulagen						
Kindergeld	1 Kind	28,46	Seit dem Geburtsmonat	18 bzw. 27 (30) Jahre	ja, aber reduzierte Beträge für CV, TN, YU	Eltern oder Erzieher
	jedes von 2 Kindern:	33,79				
	jedes von 3 Kindern:	41,03				
	jedes von 4 Kindern:	44,64				
	jedes von 5 Kindern:	46,81				
Alterszulage	jedes Kind ab 6 Jahren:	2,48	ab 6 Jahren	18 bzw. 27 (30) Jahre	ja, außer CV, TN	
	jedes Kind ab 12 Jahren:	7,44				
Sonderzulage für behinderte Kinder	pro Kind:	28,46	Beginn der Behinderung von mindestens 50 %	18 bzw. 27 (30) Jahre	ja (siehe Kindergeld.)	Eltern oder Erzieher
Erziehungszulage	ganze Zulage:	74,37	ab dem Alter von 3 oder 4 Monaten	2 bzw. 4 Jahre außer bei Verlängerung	ja, aber nur EU, EWR und Schweiz	Eltern oder Erzieher
	halbe Zulage:	37,18				
Elternurlaubsgeld	Elternurlaub in Vollzeit:	272,68	im Anschluss an Mutterschaftsurlaub oder bis zum Alter von 5 Jahren	6 Monate, 12 Monate außer bei Verlängerung	ja, aber nur EU, EWR und Schweiz	Empfänger von Elternurlaubsgeld
	Elternurlaub in Teilzeit:	136,34				
Jährliche Zulage						
Schulanfangszulage	1 Kind von 6 Jahren:	17,35	1. Jahr in der Grundschule	18 bzw. 27 Jahre	ja, aber nur EU, EWR und Schweiz	Eltern oder Erzieher
	1 Kind von 12 Jahren:	24,79				
	Jedes Kind bei 2 Kindern:					
	im Alter von 6 Jahren:	29,75				
	im Alter von 12 Jahren:	37,18				
	Jedes Kind bei 3 oder mehr Kindern:					
	im Alter von 6 Jahren:	42,14				
im Alter von 12 Jahren:	49,58					

9. Übersichtstafel der Einkommensgrenzen

Monatlicher Betrag	Betrag in Euro beim Index 100
(1) Sozialer Mindestlohn	226,01
3-facher sozialer Mindestlohn	452,02
4-facher sozialer Mindestlohn	678,03
5-facher sozialer Mindestlohn	904,04
(2) 80 % des sozialen Mindestlohns	180,81
(3) Gesetzliches Mindesteinkommen (RMG)	156,53
(4) Gesetzliches Einkommen für Schwerbehinderte	156,53

(1) Kapitel 3.6.2, Kapitel 6.1.3

(2) Kapitel 6.1.3

(3) und (4) Kapitel 6.1.4

10. Anpassung der Beträge an den Lebensunterhaltskostenindex

Die Beträge der Familienzulagen und des Elternurlaubsgeldes sowie der für die Einkommensgrenzen in Frage kommenden Einkünfte werden auf den Indexstand 100 der Lebenshaltungskosten festgesetzt und nach den für die Gehälter des öffentlichen Dienstes anwendbaren Regeln angepasst. Um die augenblicklich gültigen Beträge zu errechnen, müssen Sie die angegebenen Basisbeträge jeweils auf den gültigen Indexstand umrechnen.

Der Indexstand ab dem 1. Oktober 2004 beträgt 636,26.

Als Beispiel lässt sich der aktuelle Betrag der Erziehungszulage wie folgt berechnen:

Betrag bei Indexstand 100: 74,37 EUR

$$\frac{74,37 \times 636,26}{100} = 473,19 \text{ €}$$

Betrag zum aktuellen Indexstand:
473,19 EUR n.-i. 100

Übersichtstafel der Leistungen, auf aktuellem Indexstand (636,26)

(gültig ab dem 01.10.2004)

Zulage	Beträge in Euro		Zahlungsbeginn	Zahlungsende	ins Ausland ausführbar	Empfänger			
Einmalige Zahlungen									
Mutterschaftszulage	pro Teil:	1.514,30	1. Teil: vor der Geburt	/	ja (unter Vorbehalt)	Mutter			
	Gesamt =	3.028,60	2. Teil:		ja (dto.)	Mutter / Erziehungsberechtigter			
	pro Woche:	189,29	1) nach der Geburt 2) nach der Adoption		nein	Adoptiveltern			
Vorgeburtliche Zulage		565,89	nach der Geburt	/	nein	Mutter			
Geburtenzulage		565,89	nach der nachgeburtlichen Untersuchung	/	nein	Mutter / Erziehungsberechtigter			
Nachgeburtliche Zulage		565,89	2. Geburtstag des Kindes	/	nein	Erziehungsberechtigter			
Monatliche Zulagen									
Kindergeld	1 Kind	181,08	Seit dem Geburtsmonat	18 bzw. 27 (30) Jahre	ja, aber reduzierte Beträge für CV, TN, YU	Eltern oder Erzieher			
	jedes von 2 Kindern:	214,99							
	jedes von 3 Kindern:	261,06							
	jedes von 4 Kindern:	284,03							
	jedes von 5 Kindern:	297,83							
Alterszulage	jedes Kind ab 6 Jahren:	15,78	ab 6 Jahren	18 bzw. 27 (30) Jahre	ja, außer CV, TN				
	jedes Kind ab 12 Jahren:	47,34							
Sonderzulage für behinderte Kinder	pro Kind:	181,08	Beginn der Behinderung von mindestens 50 %	18 bzw. 27 (30) Jahre	ja (siehe Kindergeld.)	Eltern oder Erzieher			
Erziehungszulage	ganze Zulage:	473,19	ab dem Alter von 3 oder 4 Monaten	2 bzw. 4 Jahre außer bei Verlängerung	ja, aber nur EU, EWR und Schweiz	Eltern oder Erzieher			
	halbe Zulage:	236,56							
Elternurlaubsgeld	Elternurlaub in Vollzeit:	1.734,95	im Anschluss an den Mutterschaftsurlaub oder bis zum Alter von 5 Jahren	6 Monate, 12 Monate außer bei Verlängerung	ja, aber nur EU, EWR und Schweiz	Empfänger von Elternurlaubsgeld			
	Elternurlaub in Teilzeit:	867,48							
Jährliche Zulage									
Schulanfangszulage	1 Kind von 6 Jahren:	110,39	1. Jahr in der Grundschule	18 bzw. 27 Jahre	ja, aber nur EU, EWR und Schweiz	Eltern oder Erzieher			
	1 Kind von 12 Jahren:	157,73							
	Jedes Kind bei 2 Kindern:								
	im Alter von 6 Jahren:	189,29							
	im Alter von 12 Jahren:	236,56							
	Jedes Kind bei 3 oder mehr Kindern:								
	im Alter von 6 Jahren:	268,12							
	im Alter von 12 Jahren:	315,46							



Caisse Nationale des Prestations Familiales
1A, boulevard Prince Henri
L-1724 Luxembourg
Tél. 47 71 53-1
Fax 47 71 53-328

Adresse postale:
B.P. 394
L-2013 Luxembourg